

Medienmitteilung vom 19. Dezember 2013

Richtiger Entscheid der Regierung: Verzicht auf Teilrevision des PBG im Bereich Parkierung und verkehrsintensive Nutzungen

Runder Tisch:

ACS Sektion Zürich

Baumeister-Verbände
Region Zürich-Schaffhausen
Zürich

City Vereinigung Zürich

Gewerbeverbände
des Kantons und
der Stadt Zürich

Hauseigentümerverbände
des Kantons und
der Stadt Zürich

Industrie-Verband Zürich

Komitee
Weltoffenes Zürich

TCS Sektion Zürich

VZH Verband Zürcher
Handelsfirmen

Zürcher Bankenverband

Vereinigung
Zürcherischer
Arbeitgeberverbände
der Industrie

Vereinigung Zürcher
Immobilienunternehmen

Zürcher Handelskammer

Der Entscheid des Regierungsrates, die Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes im Bereich Parkierungsregelungen und verkehrsintensive Nutzungen nicht weiter zu verfolgen, wird von den Verbänden im Forum Zürich begrüsst. Damit wird neueren Studien sowie den Richtlinien des Bundes Rechnung getragen. Diese belegen, dass die vorgesehenen verkehrslenkenden Massnahmen wie Parkgebühren und Fahrtenmodelle nicht die erwünschte emissions-reduzierende Wirkung haben. Zudem wird mit diesem Entscheid verhindert, dass der Kanton Zürich in dieser Frage einen Alleingang zulasten der ansässigen Detailisten und Dienstleister eingeschlagen hätte.

Das Forum Zürich verweist insbesondere auf das Rundschreiben der Bundesämter BAFU und ARE vom 9. April 2013, welches einen Paradigmenwechsel bei der Beurteilung der Wirksamkeit verkehrslenkender Massnahmen darstellt. Mit dem Hinweis auf die abnehmenden Luftschadstoffemissionen des Verkehrs und die damit zusammenhängende Abnahme der Bedeutung der stark verkehrserzeugenden Nutzungen als Ursache für übermässige Immissionsbelastungen wird im Rundschreiben der beiden Bundesämter auf die deutlich veränderte Ausgangslage für die Beurteilung der Verhältnismässigkeit hingewiesen. Bei der zukünftigen Beurteilung und Verfügung verkehrslenkender Massnahmen bei Verkaufsstellen des Detailhandels muss von der zuständigen Behörde stets ein im jeweiligen Einzelfall sorgfältig und sachlich begründeter Wirkungsnachweis erbracht werden.

Die im Rundschreiben der beiden Bundesämter enthaltenen neuen Erkenntnisse und Empfehlungen sind zwingend auch in den Diskussionen bei allen anstehenden Revisionen der kantonalen Planungs- und Baugesetze sowie auch der Richtpläne zu berücksichtigen.

Die Zürcher Regierung hat daher die richtigen Schlussfolgerungen aus der neuen Faktenlage gezogen, indem sie die Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes im Teilbereich «Parkierungsregelungen und stark verkehrserzeugende Nutzungen» nicht weiter verfolgt. Damit wird unnötiger wirtschaftlicher Schaden für den im Kanton Zürich ansässigen Detailhandel abgewendet. Zudem profitiert auch die Umwelt, da Parkgebühren und andere Restriktionsmassnahmen beim Einkaufsverkehr zu Ausweichfahrten in andere Kantone und ins grenznahe Ausland mit entsprechenden Mehremissionen und einem unerwünschten Abfluss von Kaufkraft führen.

Die im Forum Zürich vertretenen Verbände erwarten, dass dieser Entscheid der Regierung und die veränderte Faktenlage auch in den kommenden Beratungen zum Kantonalen Richtplan berücksichtigt wird.

Auskünfte: Robert E. Gubler, Vorsitzender, 079 440 56 68

Das **Forum Zürich** ist der runde Tisch der führenden Wirtschaftsverbände des Kantons Zürich.

Sekretariat:

Oleanderstr. 14

Postfach 7142

8050 Zürich

Tel. 044 311 34 35

Fax 044 311 34 37

info@forum-zuerich.org

www.forum-zuerich.org